

Presseinformation

Eintreten für Demokratie ist kein Verstoß gegen Amtspflichten sondern Verpflichtung

Rechtsaufsichtsbeschwerde der rechtsextremen AfD gegen Ersten Bürgermeister Jürgen Heckel inhaltlich haltlos – Durchsichtiger Versuch, kommunalpolitisch aktive Demokrat:innen durch Androhung rechtlicher Konsequenzen einzuschüchtern – Aufruf zur Solidarität und zur aktiven Verteidigung der Demokratie

Die Rechtsaufsichtsbeschwerde der AfD gegen den Ersten Bürgermeister der Stadt Bad Windsheim, Jürgen Heckel, ist ein offensichtlicher Versuch, demokratische Kommunalpolitiker:innen einzuschüchtern, so dass diese in voreilendem Gehorsam schweigen, statt mit Leidenschaft und Einsatz die Demokratie gegen Angriffe von Extremist:innen zu verteidigen.

Die wesentlichen inhaltlichen Passagen aus der Rede von Jürgen Heckel - der wie auch Stadtratsmitglied Matthias Oberth und Uwe Kekeritz, MdB a.D., auf der fraglichen Kundgebung am 18. Oktober auf dem Marktplatz in Bad Windsheim unter dem Motto „Rathäuser vor Hass und Hetze schützen!“ gesprochen hat - lauten: „Deswegen möchte ich sagen: Respekt und Anerkennung! Weil es ist nicht immer leicht, Flagge zu zeigen, man kriegt dadurch Anfeindungen. Viel leichter geht man durchs Leben, wenn man nichts sagt und einfach schweigt wie so viele - und heute leider auch viele Stadträte - wenn man schweigt und nichts sagt, nichts tut, nicht kommt.“ „Unsere heutige Jugend - auch meine Kinder (...) - lesen keine Zeitungen mehr. Wir haben ein großes gesellschaftliches Problem. (...) Wir haben ein Problem, dass unsere Jugend zu wenig informiert wird und zu wenig RICHTIGE Informationen bekommt. Sie lassen sich beeinflussen von ‚diesem Internet‘, von falschen Meldungen und von dem Versuch, sie umzupolen und auf andere Wege zu bringen. Unsere Aufgabe muss es werden, (...) dass unsere Jugend sich wieder ein Stück weit besser, neutraler informiert, und dass wir ihnen vielleicht mal ein Abo schenken für eine Tageszeitung. Vielleicht zu Weihnachten?“ „Ich danke ganz herzlich der Musik (...). Ich danke der Polizei ganz herzlich - eigentlich traurig, dass man Polizei braucht, das sind halt Vorsichtsmaßnahmen, dass sie vor Ort sind -, den Organisatoren, die dazu beitragen, dass wir heute da sein können, und allen ehrenamtlichen Organisatoren, die in den letzten Jahren irgendetwas Gutes in dieser Stadt getan haben. Bleibt am Ball, kämpft weiter für unsere Sache, kämpft weiter für unsere Demokratie und auch für unseren Stadtrat.“

Ein Kommunalpolitiker verteidigt also ohne parteipolitischen Bezug die kommunale Demokratie, ruft zu Engagement und Präsenz in der Kommunalpolitik auf, bedankt sich bei Ehrenamtlichen, die sich für das Gemeinwesen der Stadt einsetzen, und macht den politisch legitimen Vorschlag, jungen Menschen vielleicht ein Zeitungsabo zu Weihnachten zu schenken. Ergebnis seines Einsatzes: Eine Rechtsaufsichtsbeschwerde durch die AfD. Zitat aus der Beschwerde der AfD an die Behörde: „... fordern wir Sie auf, zu erläutern, wie Sie in diesem Fall fortfahren und sicherstellen, dass sich ein solcher Machtmissbrauch in unserem Landkreis und in unserer Stadt nicht mehr wiederholt. Ihre Stellungnahme bitten wir so zu

Bündnis gegen Rechts

im Landkreis Neustadt / Aisch - Bad Windsheim



formulieren, dass wir einen rechtsmittelfähigen Bescheid bekommen, gegen den wir dann vor dem Verwaltungsgericht vorgehen würden, wenn Sie dieses Verfahren einstellen sollten.“ Selbst der zuständigen Behörde wird also gleich vorweg mit rechtlichen Schritten gedroht, sollte sie nicht im Sinne der AfD entscheiden.

Offenbar genügt der rechtsextremen Partei inzwischen jede noch so harmlose demokratisch motivierte Äußerung von Kommunalpolitiker:innen, um diesen mit rechtlichen Konsequenzen zu drohen. Die AfD verfolgt damit erkennbar das Ziel, die vielfältigen Stimmen unserer Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen - in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Drohungen der Rechtsextremen. Dabei wird das Gebot der parteipolitischen Neutralität willentlich falsch interpretiert als Verbot, gegen extremistische Bestrebungen einzutreten. Dies ist jedoch gerade nicht der Fall, denn das Bundesverfassungsgericht hat schon wiederholt in unterschiedlichen Fragestellungen klargestellt, dass Staatsdiener:innen - und damit auch kommunale Wahlbeamte wie ein Erster Bürgermeister - im Gegenteil sogar dazu verpflichtet sind, „sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.“ (BeamStG § 7) Genau das hat Jürgen Heckel am 18. Oktober 2025 vor dem Bad Windsheimer Rathaus getan.

Das Bündnis gegen Rechts im Landkreis Neustadt / Aisch – Bad Windsheim ruft daher mit Verweis auf das berühmte Zitat von Pfarrer Niemöller („Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“) alle Aktiven der demokratischen Parteien und Wählergruppen und alle Bürgerinnen und Bürger auf, Bürgermeister Heckel ihre Solidarität und Unterstützung im Bemühen um eine demokratische Gesellschaft auszusprechen - über Parteigrenzen im Wahlkampf hinweg. Corinna Gräßel: „Schweigen Sie bitte nicht, wenn demokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker mit Rechtsaufsichtsbeschwerden oder anderen Drohkulissen zum Schweigen gebracht werden sollen.“ Es komme hierbei nicht darauf an, ob die Rechtsaufsichtsbeschwerde der AfD gegen Bürgermeister Heckel letztendlich Erfolg hat, weil allein deren Existenz bereits als Drohkulisse gegenüber kommunalpolitisch engagierten Demokrat:innen wirkt, wenn der Betroffene keine Solidarität erfährt.

Nicht nur zum Protest gegen die Einschüchterungskampagnen der Rechtsextremen, sondern auch als Zeichen der öffentlichen Solidarität mit allen aktiven Demokrat:innen lädt das Uffenheimer Bündnis gegen Rechtsextremismus zusammen mit dem Bündnis gegen Rechts im Landkreis am Sonntag, den 26. Oktober 2025 von 10 - 14 Uhr zu einer Kundgebung unter dem Motto „Rathäuser vor Hass und Hetze schützen! Demokrat:innen steh’n zusammen!“ auf dem Uffenheimer Kolbudy-Platz gegenüber der Stadthalle ein.

Ansprechpersonen:

Armin Höhn, info@armin-hoehn.de

Corinna Gräßel, M: 0170-3104384, c.graessel@gmx.net

Mitglied der

Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg